



SDA-Bulletin

Zürich, 14. September 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrats

Der Kantonsrat hat ein Postulat von SVP, FDP und CVP mit 88 zu 76 Stimmen abgelehnt, mit welchem gefordert wurde, auf die sporadische Überprüfung der Jahresrechnungen der Gemeinden durch das Gemeindeamt des Kantons sei zu verzichten ([KR-Nr. 239/2020](#)). Die Befürworter stellten sich auf den Standpunkt, dass eine Kontrolle durch die Bezirksräte ausreichend sei.

Das Parlament hat verschiedenen Änderungen des Zusatzleistungsgesetzes (ZLG) zugestimmt ([5608](#)). Bei den Änderungen handelt es sich um einen Nachvollzug von Bundesrecht. Zu den wichtigsten Massnahmen der Reform gehören bei der Ausrichtung von Zusatzleistungen die verstärkte Berücksichtigung des Vermögens, die Einführung einer Rückerstattungspflicht aus dem Nachlass, die Erhöhung der Mietzinsmaxima, die Anpassung des Mindestanspruchs auf Ergänzungsleistungen und die geänderte Berücksichtigung der Krankenversicherungsprämien.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der FDP mit 66 Stimmen für dringlich erklärt, mit dem gefordert wird, dass Einreisende aus Risikoländern, die einen negativen Coronatest vorweisen können, von der Quarantänepflicht befreit werden ([KR-Nr. 316/2020](#)). Davon profitieren soll unter anderem die Tourismusbranche. Gegner des Vorstosses sprachen von unnötigem Aktivismus und Klientelpolitik.

Eine parlamentarische Initiative der GLP zur Aufhebung des Salzregals ist vom Kantonsrat nicht vorläufig unterstützt worden ([KR-Nr. 67/2019](#)). Die dazu nötige Unterstützung von 60 Ratsmitgliedern wurde mit 29 Stimmen verfehlt.

Der Kantonsrat will die Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank (ZKB) nicht beschränken ([KR-Nr. 69/2019](#)). Die für die vorläufige Unterstützung einer entsprechenden parlamentarischen Initiative der GLP nötigen Stimmenzahl von 60 Ratsmitgliedern wurde mit 22 Stimmen verfehlt. Die Befürworter argumentierten, dass die unbeschränkte Staatsgarantie nicht mehr zeitgemäss und ein grosses finanzielles Risiko für den Kanton sei. Gegner des Vorstosses befürchteten unter anderem, dass eine Beschränkung der Haftung der erste Schritt zu einer Privatisierung der Bank sein könnte.

Eine parlamentarischen Initiative von SP, GLP und Grünen zum Thema des begleiteten Suizids in Alters- und Pflegeheimen ist vom Kantonsrat vorläufig unterstützt worden ([KR-Nr. 110/2019](#)). Mit der PI wird gefordert, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in Alters- und Pflegeheimen, die mit öffentlichen Geldern unterstützt werden, die Hilfe von externen Organisationen für einen begleiteten Suizid in Anspruch nehmen können.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP nicht vorläufig unterstützt, mit der geringere Hürden für die Erstellung von DNA-Profilen von Straftätern gefordert wurde ([KR-Nr. 154/2019](#)). Mit 58 Stimmen wurde die für eine vorläufige Unterstützung nötige Anzahl von 60 Parlamentarier-Stimmen knapp nicht erreicht.

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 265/2020](#)).

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Sozialversicherungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 266/2020](#)).

(sda)